

**Unabhängige
Wählergemeinschaft
Butzbach (UWG)**



**An die
Redaktion**

10.11.2008

Pressemitteilung

Pressemitteilung der UWG bezüglich des Artikels " Was wird aus den ehemaligen US-Häusern im Schlossgartenweg?" von Stadtrat Karlheinz Hümmer am 10.11.2008 in der Butzbacher Zeitung

Bürgermeister Merle hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2008 unter dem Punkt Mitteilungen berichtet, dass der Investor, die Scarabeus GmbH aus Wettengel, von einem Kauf der Häuser im Schlossgartenweg sowie der Flüchtlingsunterkunft absieht.

Dies alles, nachdem man seitens der Koalition von SPD und CDU wie auch des Bürgermeisters bereits geglaubt hatte, das Geschäft sei in trockenen Tüchern.

Es ist nun schon interessant, wenn der SPD-Stadtrat Hümmer, immerhin ja auch verantwortliches Mitglied der so genannten „Großen Koalition“ von SPD und CDU in Butzbach, seinem SPD-Bürgermeister, dessen Verwaltung wie auch seinen Koalitionsgenossen von SPD und CDU Untätigkeit bzw. Unfähigkeit bei der Vermarktung der Häuser im Schlossgartenweg sowie der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft vorwirft.

Hümmer hierzu wörtlich: „Wie in all den Jahren des Stillstandes auch. Es geschieht nichts.“

Ist es nicht die große Koalition von SPD und CDU sowie deren Mitglied Hümmer, die den Stillstand in Butzbach mit ihrer absoluten Mehrheit in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu verantworten haben?

Die Unabhängige Wählergemeinschaft Butzbach (UWG) hatte, wie bereits in einem Pressebericht der Wetterauer Zeitung vom 08.11.2005 zu lesen war, den Erwerb der genannten Wohnhäuser als sozialen Wohnraum gefordert und dies auch in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

Der am 09.11.2005, einen Tag nach der UWG-Veröffentlichung gestellte Antrag der SPD auf Prüfung des Erwerbs dieser Wohnhäuser durch den Magistrat, wurde von der UWG durch einen Änderungsantrag mit dem Ziel unverzüglicher konkreter Verhandlungen des Magistrats mit dem Bundesvermögensamt (jetzt BIMA) erweitert.

Antrag der UWG vom 08.12.2005:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Schmidt,

wir beantragen die Aufnahme des folgenden Änderungsantrags zum TOP 8 der Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2005 (Antrag der SPD Fraktion vom 09.11.2005 zum Erwerb von amerikanischen Wohnhäusern).

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Butzbach nimmt unverzüglich Verhandlungen zum Erwerb der 12 amerikanischen Wohnhäuser im Bereich Bismarckstraße, Schlossgartenweg und Große Wendelstraße mit dem Bundesvermögensamt bzw. der Oberfinanzdirektion auf, mit dem Ziel diese im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus dem Wohnungsbestand der Stadt oder der Butzbacher Wohnungsbaugesellschaft zuzuführen.

Über die Verhandlungsergebnisse (auch vorläufige) ist seitens des Magistrats der Stadtverordnetenversammlung zügig, spätestens jedoch in der übernächsten Sitzung zu berichten.

Begründung:

Die UWG Butzbach hatte, wie in der Wetterauer Zeitung vom 08.11.2005 zu lesen war, den Erwerb der genannten Wohnhäuser bereits öffentlich gefordert.

Der anschließend folgende Antrag der SPD Fraktion vom 09.11.2005, zielt zwar in die gleiche Richtung, ist aber für eine konkrete Handlungsweise des Magistrats zu allgemein gehalten.

Die genannten Häuser werden nicht wie im Antrag der SPD formuliert demnächst frei, sondern sind bereits vor einigen Wochen von den US Behörden an das Bundesvermögensamt zurückgegeben worden.

Bei den vorhandenen Wohngebäuden handelt es sich um absolut wertvollen Wohnraum nahe des Kernbereichs der Innenstadt mit kurzen Wegen für junge Familien, insbesondere aber für ältere Bürgerinnen und Bürger zur gesamten Infrastruktur der Innenstadt wie Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafes, Verwaltung wie auch des Bahnhofs.

Infolge der Tatsache, dass es sicher bereits einige Anträge privater Investoren zum Erwerb dieser Häuser gibt, ist unverzügliches Handeln erforderlich.

Eine genossenschaftliche Anschlussnutzung erachten wir bei diesen 12 bereits bestehenden Häusern für nicht praktikabel und kontraproduktiv. Diese kann eventuell im Rahmen der Anschlussnutzung der US Wohnsiedlung im Degerfeld geprüft werden.

Vielmehr sollte unter dem Gesichtspunkt, dass die BWG nach unserer Kenntnis ca. 230 Wohnungssuchende für sozialen Wohnraum auf ihrer Warteliste hat, hier zügig gehandelt werden um Abhilfe zu schaffen.

Antrag Ende.

Dieser Antrag der UWG wurde der Stadtverordnetenversammlung am 07.02.2006 zur Entscheidung vorgelegt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit der regierenden Koalition, insbesondere aber infolge verletzter Eitelkeit geschlossen von der SPD abgelehnt.

Nun, fast drei Jahre später sind wir wieder am Anfang. Von den politisch Verantwortlichen wurden bei den Häusern im Schlossgartenweg keine zählbaren Ergebnisse erzielt. Es wurde nichts erreicht.

Anstelle immer wieder zu behaupten, SPD und CDU seien die einzig Seligmachenden politischen Kräfte in Butzbach, sollten sie sich einmal auf das Wesentliche konzentrieren, den Bedürfnissen und dem Willen der Bevölkerung.

Es ist wie das Beispiel Schlossgartenhäuser nun eindrucksvoll gezeigt hat überhaupt nicht ausschlaggebend, wer einen sinnvollen und vernünftigen Antrag zuerst gestellt hat.

Vernunft zeigt sich, wenn man auch von anderen Parteien gestellten Anträgen, die dem Wohl der Bevölkerung dienen, zustimmt.

Dazu allerdings waren SPD und CDU getreu ihrem Motto "Nur ein von der SPD / CDU gestellter Antrag ist zustimmungsfähig" bisher nicht in der Lage.

Es bleibt die Hoffnung, (diese stirbt ja bekanntlich zuletzt), sowie die erneute nachdrückliche Forderung der UWG, dass nun seitens der Stadt Butzbach in Verbindung mit der Butzbacher Wohnungsgesellschaft sofort Verhandlungen mit der BIMA über den Ankauf der sechs Doppelhäuser aufgenommen werden und diese in absehbarer Zeit Butzbacher Bürgerinnen und Bürgern als innenstadtnahe Kauf- oder Mietobjekte zur Verfügung stehen.

Bezüglich des sich im Besitz der Stadt Butzbach befindlichen fast 2.000 m² großen Geländes der ehemaligen Unterkunft der Flüchtlingshilfe, fordert die UWG einen sofortigen Abriss des durch einen Sturm beschädigten Gebäudes und die anschließende Vermarktung als Baugrundstücke.

Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Butzbach die Abbruchkosten vollständig aus den ihr zustehenden Versicherungsleistungen für den Sturmschaden des Gebäudes bestreiten könnte, würde die eigene Vermarktung als Bauland zu Haushaltseinnahmen führen und damit auch ein Beitrag zur absolut notwendigen Haushaltskonsolidierung.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Steiner
UWG Pressesprecher

Thomas Gerum
UWG Vorsitzender